



derart viele Fragen geklärt wurden, gibt es immer noch offene Details bei der Erstellung von Heil- und Kostenplänen. Diese müssen noch vor dem Bundesschiedsamt bis Anfang Juni abgeklärt werden.

Nachlesen erspart Anfragen

Offenbar seien die aktuellen Zahnersatzrichtlinien in den Praxen immer noch nicht ausreichend bekannt. Die „rote Mappe“ als Entscheidungshilfe sei noch nicht auf dem neuesten Stand; allerdings würde ein Blick des Zahnarztes in die Arbeitsmappe der KZBV unter dem Titel „Schwere Kost für leichteres Arbeiten“ auch der KZVB-Beratungsstelle einen Großteil der zwischenzeitlich 6.200 Anfragen ersparen. Böhm ermunterte seine Zuhörer, sich „von den bürokratischen Auswüchsen nicht entmutigen zu lassen. Denn eigentlich sind wir mit der neuen befundorientierten Festzuschussregelung auf dem richtigen Weg zu mehr Behandlungsfreiheit, auch wenn es noch überall hakt und zwick.“ Gerade bei andersartigen Leistungen müsse mit dem heftigen Widerstand der Krankenkassen gerechnet werden. „Wir dür-

fen uns allerdings nicht über die Hintertür einer Begutachtung unter dem Vorwand der Zuschussgelder die Therapiefreiheit nehmen lassen“, mahnte Böhm die Kollegen. Umso wichtiger sei deshalb eine möglichst einheitliche Auslegung der Befundrichtlinien. Genau dazu dienen die Fortbildungsveranstaltungen, für die es auch Fortbildungspunkte gibt. Ein Vortragsabend erspare allerdings keineswegs die penible Durcharbeit der ausgeteilten Skripten, gab Referent Böhm seinen Kollegen nach mehr als vier Stunden „als Hausaufgabe“ mit auf den Heimweg.

Hans Glatzl

Erratum

In der Ausgabe des BZB 04/2005 ist uns auf Seite 13 ein bedauerlicher Fehler unterlaufen, wofür wir uns entschuldigen möchten: *Dr. Otto Gehm* ist mit seiner Praxis in Unterschleißheim ansässig und nicht, wie irrtümlich vermerkt, in Karlsfeld.

hg

„eHealth“-Kongress

Augen zu und durch? Selten war das Verhältnis zwischen der Bundesgesundheitsministerin *Ulla Schmidt* (links) und der bayerischen Sozialministerin *Christa Stewens* so harmonisch wie anlässlich der gemeinsamen Pressekonferenz zur Vorstellung der elektronischen Gesundheitskarte. Angepriesen als „weltweit größtes Telematik-Projekt im Gesundheitswesen“, lobten beide unisono die neue Krankenkassenkarte als wichtigen Schritt zu mehr Leistungstransparenz, Effektivität und Patientensicherheit im Gesundheitswesen. Schmidt erhofft sich „Einsparungen von bis zu einer Milliarde Euro“. Stewens ihrerseits legte der Kollegin das bayerische Modellprojekt „Go-In“ für die Region Ingolstadt als Testgelände zur bundesweiten Einführung der eCard ans Herz. Dissens gab es lediglich zum Starttermin. Während seitens des Bundesgesundheitsministeriums die Einführung zum 1.1.2006 fest steht, will sich Stewens hier nicht festnageln lassen. Sicher ist allerdings, die Gesundheitskarte kommt, früher oder später, aber mit Sicherheit.



Foto: Glatzl

hg